

Niederschrift

über die Sitzung des Rates



Sitzungs-Nr.: **Rat/004/25-30**
Sitzungs-Tag: **12.03.2026**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 6, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **19:55 Uhr**

Bürgermeister:

Kleinschmidt, Alexander

CDU:

Ahrens, Paul

Averkamp, Sebastian

Blömer, Dominik, Dr.

Disse, Ulrich

Eggers, Patrick

Gerdes, Markus

Giefers, Raimund

Gienger, Maximilian

Grewe, Ursula

Krömeke, Markus

Kunath, Tom, Dr.

Löneke, Dirk

Löseke, Frederic

Neu, Walburga

Simon, Dirk

bis 19:50 Uhr

Wellsow, Viola

Weskamp, Stefan

SPD:

Heller, Manfred

Lüpkes, Claus

Nadler, Hans Peter

Robrecht, Jutta

Schifferdecker, Thorsten

Bündnis90/DIE GRÜNEN:

Flore, David

Knobloch, Peter

Kremeyer, Lisa

Montino, Ann-Kristin

UWG/CWG:

Bargholt, Detlef

Klages, Michael

Tobisch, Johannes

Liste Zukunft:

Bobbert, Johannes

Heilemann, Stefan

AfD

Chilla, Thomas

Gäse, Michael

Horn, Alexander

Lohoff, Marc

Steinhage, Georg

Von der Behördenleitung nehmen teil:

Oesselke, Andreas

Von der Verwaltung nehmen teil:

Gönnewicht, Benedikt

Koßmann, Ines

Nolte, Ulrike

Schlenhardt, Dominik

Werneke, Regina

Schriftführerin

Tagesordnung		Drucksache Nr.
Öffentliche Sitzung		
1. Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2026 und der Wirtschaftspläne KUBRA und VUBRA für das Wirtschaftsjahr 2026		0196/2025-2030
Bürgermeister Alexander Kleinschmidt; Dominik Schlenhardt		
2. Feststellung des Jahresabschlusses 2024 des Kommunalunternehmens der Stadt Brakel (KUBRA)		0166/2025-2030
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON		
3. Feststellung des Jahresabschlusses 2024 des Versorgungsunternehmens der Stadt Brakel (VUBRA)		0167/2025-2030
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON		
4. Vorratsbeschluss zur Einhaltung von VOB-Fristen		0169/2025-2030
Ines Koßmann		
5. Gleichstellungsplan der Stadt Brakel für den Zeitraum 2026 bis 2030		0175/2025-2030
Ulrike Nolte		

6. Klage gegen den Regionalplan OWL "Wind" (1. Änderung)

FB 3, Ines Koßmann

0176/2025-
2030

7. Bauvorhaben "Erweiterung eines Mehrfamilienwohnhauses von 9 WE auf 10 WE: Errichtung eines Staffelgeschosses mit einer WE, drei Balkone und Einbau eines Aufzuges, Kobergweg 18, Brakel-Kernstadt" und damit verbundene planungsrechtlich bedingte Befreiung über den sogenannten "Bau-Turbo" sowie Grundsatzbeschluss zum "Bau-Turbo"; Entscheidung über die Zuständigkeit als Geschäft der laufenden Verwaltung

FB 3, Ines Koßmann, Bernd Bohnenberg

0179/2025-
2030

8. Antrag der Wählergemeinschaft "Liste Zukunft" - Bushaltestellen Meinolfusstraße, Ortsteil Bellersen - verkehrssichere Neuordnung bei gesicherter Barrierefreiheit (Ausnahme-/ Kategorielösung nach Nahverkehrsplan)

Benedikt Gönnewicht

0187/2025-
2030

9. Nominierung für den Westfalen Weser Kulturpreis 2026

Andreas Oesselke

0190/2025-
2030

**10. Prüfung eines möglichen Verstoßes gegen § 43 GO NRW oder andere kommunalrechtliche Bestimmungen
Antrag der AfD-Fraktion**

Fraktionssprecher der AfD

0191/2025-
2030

11. Bekanntgaben der Verwaltung

11.1. Arbeitsmarkt 02/2026

11.2. WhatsApp-Kanal

11.3. Bilanz der Kreispolizeibehörde Höxter

12. Anfragen der Ratsmitglieder

12.1. Lückenschluss Radweg Escherfeld

12.2. Bezirksverwaltungsstellenleiter

12.3. Sewikom

12.4. GNR Gesellschaft

13. Anfragen der Zuhörer

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer, den Vertreter des Westfalen-Blattes sowie die Sitzungsteilnehmer.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.
Anschließend stellt er die **Beschlussfähigkeit** fest.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1. Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2026 und der Wirtschaftspläne KUBRA und VUBRA für das Wirtschaftsjahr 2026
--

0196/2025-
2030

Bürgermeister Alexander Kleinschmidt; Dominik Schlenhardt

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist auf die bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorberatenen Anträge der Fraktionen. Ebenfalls habe sich der Betriebsausschuss mit dem Verwaltungsvorschlag des Haushaltsplans und den Wirtschaftsplänen 2026 für die Eigenbetriebe befasst. Im Betriebsausschuss seien keine Änderungsanträge erfolgt.

Die im Haupt- und Finanzausschuss gestellten und vorberatenen Anträge zum Haushalt seien im Nachgang in einer Vorlage zusammengefasst und zur Ratssitzung eingestellt worden, verweist Bürgermeister **Kleinschmidt**.

Bürgermeister **Kleinschmidt** führt weiter aus, dass die im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogenen Anträge von Bündnis 90/Die Grünen (Antrag 4) sowie der Liste Zukunft (Anträge 1/2/4/7/8) nicht mehr in der Aufstellung aufgeführt sind.

Zunächst bittet Bürgermeister **Kleinschmidt** die Fraktionsvorsitzenden um die jeweiligen Haushaltsreden.

CDU-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Sebastian **Averkamp** verdeutlicht in seiner Haushaltsrede, dies sei ein Haushalt, der klar vor Augen führe, dass die finanziellen Spielräume der Stadt Brakel enger würden. Für das Jahr 2026 stehe ein Defizit von 9,4 Mio. € im Plan und die Ausgleichsrücklage werde vollständig aufgebraucht sein. Jedoch lägen die größten Belastungen bei den Transferaufwendungen, wie z.B. bei der Kreisumlage oder der Jugendamtsumlage. Hinzu kämen steigende Sozialkosten, höhere Personalaufwendungen und steigende Sachkosten.

Das Ziel der CDU-Fraktion sei, investieren zu wollen, aber verantwortungsvoll, mit Augenmaß gestalten und eine Zukunft zu ermöglichen ohne finanzielle Blindflüge. Der Haushalt 2026 sei kein Wunschhaushalt, es sei ein Haushalt der Realität, dem man sich stellen müsse.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2026 zu, schließt Ratsherr **Averkamp** seine Haushaltsrede 2026, die als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt ist.

SPD-Fraktion

Zum Haushalt 2026 führt Fraktionsvorsitzende Jutta **Robrecht** aus, dass die Herausforderungen der Kommunen nicht neu, aber auch nicht durch die Kommunen verursacht seien. Sie erfordern aber trotzdem volle Aufmerksamkeit und gemeinsame Anstrengungen.

Als Opposition ginge es nicht darum, schlechtzureden, was erarbeitet wurde, sondern es gehe darum, konstruktiv dafür zu werben, den Mut zu haben, die richtigen Schwerpunkte zu setzen - für Bildung, für Kultur und Ehrenamt sowie für eine starke, lebendige Innenstadt und funktionierende Dorfgemeinschaften. Ein strukturelles Haushaltsdefizit, eine unzureichende Refinanzierung kommunaler Pflichtaufgaben durch Bund und Länder und zunehmend auch Frustration und Spaltung in Teilen der Gesellschaft, seien „Brände, die bereits schwelen. Wir haben das Feuer nicht gelegt, aber wir können gemeinsam dafür sorgen, dass aus den Herausforderungen von heute die Chancen von morgen werden - für Brakel.“

Mit der Zustimmung der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026 schließt Fraktionsvorsitzende **Robrecht** die Haushaltsrede, die als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügt ist.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Mit Blick auf die finanzielle Lage der Stadt Brakel führt Fraktionsvorsitzender **Flore** zu Beginn seiner Haushaltsrede auf, dass wünschenswerte Modernisierungen oder Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung städtischer Einrichtungen auf einer Wunschliste landen müssen. Er geht weiter darauf ein, dass es nicht der Weg in Brakel sein könne, auf eine Reform der kommunalen Finanzen zu warten oder in eine kommunalpolitische Depression zu verfallen. Die Verwaltung und die Mitglieder des Rates sollten mutig nach vorne gehen, bisher Ungedachtes denken, über den Tellerrand blicken, kreative Lösungen suchen, Altes und Bewährtes prüfen, jeden Stein umdrehen und neue Einnahmen generieren. Die Fraktion bezweifle jedoch, dass dies ausreichen werde, um einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren.

Er führt aus, mehr Menschen für gesellschaftliches Engagement zu begeistern. Denn wenn in der Gesellschaft die Ärmel hochgekrempelt würden, wenn alle mit anpacken, dann könne man - ganz unabhängig vom städtischen Haushalt - Brakel gemeinsam Stück für Stück noch lebens- und lebenswerter machen, ist Fraktionsvorsitzender **Flore** der Meinung und die Fraktion stimmt dem Haushalt 2026 zu.

Die Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügt.

UWG/CWG

Mit Blick auf die Investitionen geht Fraktionsvorsitzender **Tobisch** auf den Haushalt 2026 ein. Brakel investiere rund 42,7 Mio. €, jedoch schiebe man auch Investitionskosten von rund 8,5 Mio. € aus den Vorjahren vor sich her.

Nahezu alle Investitionen müssten durch Kreditaufnahme finanziert werden und die Stadt würde Schulden aufnehmen, die die Kinder und Enkel zurückzahlen haben. Fraktionsvorsitzender **Tobisch** betont hierbei jedoch, dass dies kein leichtfertig ausgegebenes Geld sei, weil es in Schulen und Kindertagesstätten, Straßen, Wege und Infrastruktur sowie in kommunale Gebäude und deren Sanierung investiert werde. Dies seien keine Prestigeprojekte, sondern Pflichtaufgaben, hebt er hervor. Hinsichtlich der Kostenfaktoren, die die Gemeinde nur begrenzt steuern können, wie z.B. die Kreisumlage und Jugendamtsumlage verweist er auf das Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt, bezahlt“. Dies werde jedoch weiterhin zunehmen verletzt und die finanziellen Folgen landen am Ende bei den Kommunen und schränken die kommunale Gestaltungsfreiheit massiv ein. Die UWG/CWG würde sich diesbezüglich klar positionieren: Diese Entwicklung ist langfristig nicht tragbar. „Wenn immer größere Teile der Einnahmen automatisch gebunden werden, geraten die kommunalen Haushalte zunehmend unter Druck.“ Fraktionsvorsitzender **Tobisch** führt abschließend aus, dass die UWG/CWG aus Verantwortung gegenüber der Stadt Brakel, den Bürgerinnen und Bürgern dem Haushalt 2026 zustimmen.

Die Haushaltsrede der UWG/CWG ist als **Anlage 4** der Niederschrift beigelegt.

Liste Zukunft

Auch Fraktionsvorsitzender **Heilemann** sieht, dass viele Probleme der Kommunen - die alle finanziell mit dem Rücken zur Wand stünden - fremd gemacht seien. Jedoch fehle der Zukunftsfraktion die Anstrengungen zur Findung von Einsparpotentialen. Auf eine Streich- und Sparliste wie z.B. in Paderborn habe er in Brakel dieses Jahr vergeblich gewartet. Er hoffe auf Optimierungspotential in der Stadtverwaltung an sich. Die Fraktion würde sich wünschen, dass nicht erst langfristig Stellen durch Automatisierung und KI abgebaut werden könnten. Er betont, dass es ihm hierbei nicht um Erzieherinnen und Erzieher in den städtischen Kitas gehe, sondern um klassische Verwaltungsdienstleistungen. Da müsste doch eigentlich die Effizienz steigen, zumal die Einwohnerzahl abnehme, so Fraktionsvorsitzender **Heilemann**. Seine für die nahe Zukunft ausstehenden Wünsche für Brakel seien u. a. die Abschaffung aller Restriktionen rund um das „Nethecenter“, die Weiterentwicklung des ÖPNV und die finale Fertigstellung der Glasfasererschließung inkl. aller Außenanlagen. Die Zukunftsfraktion wünsche sich einen Masterplan für ganz Brakel - unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Schichten und Institutionen. Aufgrund der fehlenden substanziellen Nachbesserungen lehnt die Zukunftsfraktion den Haushalt 2026 ab, teilt Fraktionsvorsitzender **Heilemann** abschließend mit.

AfD

Die Aussage „der Haushalt kann aus Einnahmen nicht mehr gedeckt werden“ unterstreicht Fraktionsvorsitzender **Gäse** darin, weil gewichtige Aufgaben und dessen massive Steigerung nicht auf eine desolate Haushaltsführung zurückzuführen seien, sondern weil diese von Bund, Land und Kreis unter anderem durch die Kreis-Umlage aufgezwungen werden. Die

Verantwortlichkeit für überbordende Ausgaben, unter anderem im Bereich der Sozialhilfe und in der Jugendhilfe, sieht er in jenen Parteien, die seit Jahrzehnten die Regierungsgewalt innehaben.

Das Amt der Gleichstellungsbeauftragten lehne die Fraktion ab. Dieser Posten sei überflüssig, nicht nur, weil diese Gleichstellung dem Artikel 3 des Grundgesetzes sowie diversen anderen Gesetze widerspreche, sondern nach eigener Darstellung auch bereits eine Übererfüllung erreicht sei, äußert Fraktionsvorsitzender **Gäse** die Meinung der AfD. Hier sehe er die Möglichkeit zum Sparen.

Die Infrastruktur sei marode, welche aus seiner Sicht jene Parteien zu verantworten haben, die überall im Land die Regierung stellen. Die extreme Verschuldung auf Kosten kommender Generationen sei unverantwortlich. Die Haushaltssicherung stehe unmittelbar vor der Tür und es gebe keinen Ausweg. Auch wenn die Fraktion vielen Projekten in den einzelnen Ausschüssen zugestimmt habe, lehne die AfD den Haushalt im Ganzen ab, führt Fraktionsvorsitzender Gäse abschließend auf, da „schlicht und ergreifend der Wille zum Sparen fehlt, wo das Sparen möglich wäre.“

Bürgermeister **Kleinschmidt** dankt der Rednerin und den Rednern für ihre Haushaltsreden und lässt sodann über die im Haupt- und Finanzausschuss gestellten Anträge abschließend wie folgt abstimmen:

Fraktion	Antrag	Abstimmung
CDU	<u>Antrag 1:</u> Strukturierte Überprüfung der bestehenden, landwirtschaftlichen Ackerflächen zur späteren Beratung in den politischen Gremien.	einstimmig angenommen
Bündnis 90 / Die Grünen	<u>Antrag 1.1:</u> Konkretisierte Darstellung der Maßnahmen im Bereich Öffentliches Grün / Umweltschutz im Haushaltsplan	einstimmig angenommen bei 2 Enthaltung
	<u>Antrag 1.2:</u> Kommunikation größerer, ökologischer städtischer Maßnahmen über die städtischen Kanäle	einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen
	<u>Antrag 2:</u> Aufstellung eines Investitionsplans für mindestens 5 Jahre mit Darstellung der Planungskosten, aufgeteilt nach allgemeinen Planungsleistungen und Fachplanungsleistungen.	einstimmig angenommen
	<u>Antrag 3:</u> Prüfauftrag zur Erneuerung der Zufahrt zum Parkplatz Hallenbad im Rahmen	einstimmig angenommen

	der Maßnahme „Am Bahndamm / K 50“ sowie Entwicklung eines Konzeptes zur zukünftigen Gestaltung des Parkplatzes	
Liste Zukunft	<u>Antrag 3:</u> Erstellung eines Miet- und Nutzungskonzeptes zur Stadthalle inklusive Überprüfung der Nutzungsentgelte nach erfolgter Sanierung der WC-Anlagen. <u>Antrag 5:</u> Nachweis und Verwendung der bestehenden Mittel nach Hauptsatzung zum 31.12.2026 und zukünftige Verteilung im jeweiligen Kalenderjahr. <u>Antrag 6:</u> Abrissstopp „Alte Molkerei“	einstimmig angenommen einstimmig angenommen Antrag zurück-genommen

Abschließend lässt Bürgermeister **Kleinschmidt** über den Haushaltsentwurf 2026 in Gänze abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel stimmt **bei 7 Nein-Stimmen mehrheitlich** der Haushaltssatzung 2026 mit Anlagen sowie den Wirtschaftsplänen 2026 der Sondervermögen VUBRA und KUBRA unter Berücksichtigung der oben angeführten und beschlossenen Anträge zu.

Weiterhin beschließt der Rat der Stadt Brakel gem. § 6 Abs. 2 NKF-CUIG NRW, die Bilanzierungshilfe in Höhe von ca. 1,65 Mio. Euro in voller Höhe erfolgsneutral gegen das Eigenkapital auszubuchen.

2. Feststellung des Jahresabschlusses 2024 des Kommunalunternehmens der Stadt Brakel (KUBRA)

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON

0166/2025-2030

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist auf die Sitzung des Betriebsausschusses. Dort wurde durch Herrn Stienkemeier von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON der Jahresabschluss des Kommunalunternehmens KUBRA im Detail vorgestellt wurde. Hierzu ergeben sich keine weiteren Fragen.

Beschluss:

Von dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON, Bad Oeynhausen, über die Prüfung des Jahresabschlusses des Wirtschaftsjahres

2024 des Kommunalunternehmens der Stadt Brakel (KUBRA) wird Kenntnis genommen.

Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung der Entlastung der Betriebsleitung gem. § 5 Abs. 5 EigVO NRW für das Jahr 2024 zugestimmt.

Ferner wird empfohlen, den Jahresabschluss zum 31.12.2024 mit einer Bilanzsumme von **165.144.513,12 €** für das Wirtschaftsjahr 2024 festzustellen.

Der Jahresüberschuss 2024 von insgesamt **44.496,33 €** wird festgestellt und soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Der Rat stimmt **einstimmig** der Entlastung des Betriebsausschusses gem. § 4 c EigVO NRW für das Jahr 2024 zu.

**3. Feststellung des Jahresabschlusses 2024 des
Versorgungsunternehmens der Stadt Brakel (VUBRA)**
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON

0167/2025-
2030

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist auf die Sitzung des Betriebsausschusses, in der Herr Stienkemeier von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON den Jahresabschluss des Versorgungsunternehmens VUBRA detailliert vorgestellt habe. Weitere Fragen ergeben sich nicht.

Beschluss:

Von dem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON, Bad Oeynhausen, über die Prüfung des Abschlusses des Wirtschaftsjahres 2024 des Versorgungsunternehmens der Stadt Brakel (VUBRA) wird Kenntnis genommen.

Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung der Entlastung der Betriebsleitung gem. § 5 Abs. 5 EigVO NRW für das Jahr 2024 zugestimmt.

Ferner wird dem Rat folgendes empfohlen:

- a) Der Jahresabschluss zum 31.12.2024 mit einer Bilanzsumme von **25.633.626,76 €**, die vorgenommene Verrechnung des Verlustvortrages mit der allgemeinen Rücklage in Höhe von **614.878,03 €** für das Wirtschaftsjahr 2024 werden festgestellt.
- b) Der Jahresfehlbetrag wird auf insgesamt **372.594,66 €** festgestellt und auf neue Rechnung vorgetragen.
Die einzelnen Spatenergebnisse werden dabei wie folgt auf neue Rechnung vorgetragen:
 - Wasser- und Stromversorgung, Jahresüberschuss = **76.513,72 €**
 - Beteiligung Stromnetz, Jahresüberschuss = **207.272,34 €**
 - Bäder, Jahresfehlbetrag = **656.380,72 €**

Der Rat der Stadt Brakel stimmt **einstimmig** der Entlastung des Betriebsausschusses gem. § 4 Buchstabe c EigVO NRW für das Jahr 2024 zu.

4. Vorratsbeschluss zur Einhaltung von VOB-Fristen

Ines Koßmann

0169/2025-
2030

Bürgermeister **Kleinschmidt** erläutert das Vorgehen zum Vorratsbeschluss. Der Sachverhalt ist in der Vorlage aufgeführt.

Er verweist auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, in der dem Vorhaben bereits einstimmig zugestimmt wurde. Bei etwaigen gravierenden Kostenveränderungen werden diese dann im zuständigen Gremium besprochen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **einstimmig**, dass zur Einhaltung der Bindefristen gem. VOB bei künftigen Baumaßnahmen zunächst ein Vorratsbeschluss im jeweiligen Ausschuss/Rat für jedes Baugewerk eines Großprojektes erwirkt wird, um hiernach die Baugewerke submittieren und beauftragen zu können. In der nachfolgenden Sitzung werden Ausschüsse und Rat über die Auftragsvergabe informiert bzw. bei Abweichungen von der Kostenschätzung um mehr als 20 % wird der Auftrag direkt durch das zuständige Gremium beschlossen.

5. Gleichstellungsplan der Stadt Brakel für den Zeitraum 2026 bis 2030

Ulrike Nolte

0175/2025-
2030

Bürgermeister **Kleinschmidt** berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, in der die Gleichstellungsbeauftragte der Stadtverwaltung, Ulrik Nolte, den Gleichstellungsplan vorgestellt habe. Dieser sei durch den Ausschuss bestätigt worden.

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist auf den durch die AfD-Fraktion eingereichten Änderungsantrag, der bereits im Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Über diesen Änderungsantrag lässt Bürgermeister **Kleinschmidt** den Rat der Stadt Brakel abschließend abstimmen.

Der Rat der Stadt Brakel lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion bei **5 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen mehrheitlich ab**.

Bürgermeister **Kleinschmidt** lässt sodann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt bei **5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich** den im Entwurf vorliegenden Gleichstellungsplan der Stadt Brakel für den Zeitraum 2026 – 2030. Der Gleichstellungsplan tritt mit Wirkung vom 01.04.2026 in Kraft.

6. Klage gegen den Regionalplan OWL "Wind" (1. Änderung)

FB 3, Ines Koßmann

0176/2025-
2030

Ratsherr **Klages** erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Bürgermeister **Kleinschmidt** führt in das Thema ein und berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, in der Rechtsanwalt Tyczewski online zugeschaltet wurde. Der Haupt- und Finanzausschuss habe dem Rat die Empfehlung ausgesprochen, eine Normenkontrollklage gegen die erste Änderung des Regionalplans OWL einzuleiten. Die Klage richte sich ausschließlich gegen die geplanten 8 WEA im Windpark Brakel-West, da die Stadt diese Flächen bei den Planungen für Windkraft bereits im Vorfeld ausgeschlossen habe, um eine Umzingelung zu vermeiden.

Ratsherr **Simon** (CDU) berichtet über ein persönliches Telefonat mit Alexander Möhring (GF der WW-Energie), in dem dieser ihm angedeutet habe, dass - sollte die Stadt Brakel die Klage durchziehen - „keine freiwilligen Leistungen mehr gezahlt würden“. Dies würde den Windpark Schmechten, Hembsen, Dringenberg sowie Fölsen/Gehrden eins und zwei betreffen, meint Ratsherr **Simon**. Hochgerechnet auf 20 Jahre seien dies über 500.000 € pro Jahr, so dass er sich außerstande sehe, mit Blick auf die Haushaltslage, dem Beschluss zuzustimmen.

Bürgermeister **Kleinschmidt** betont, dass die Klage gegen einen einzelnen Standort nichts mit den Zahlungen anderer Standorte zu tun haben könne. Dies sei planungsrechtlich nicht möglich und „man sei doch nicht auf einem Basar“, verdeutlicht er weiter.

Ratsherr **Averkamp** (CDU) betont, dass er diese Vorgehensweise von Herrn Möhring ebenfalls für sehr fragwürdig halte und empfinde diese Aussage als Erpressung. Er befürworte, die Klage in jedem Fall weiterzuverfolgen, da dies auch der Bürgerwille sei, an dem besagten Standort keine Anlagen aufzustellen.

Ratsherr **Flore** gibt zu bedenken, dass, wenn der Regionalplan außer Kraft gesetzt würde, ein uneingeschränkter Ausbau von WEA erfolgen könne.

Ratsherr **Heilemann** (Liste Zukunft) verweist darauf, dass die Stadt am Unternehmen beteiligt sei zu einem gewissen Prozentsatz. Seine Bitte geht an Bürgermeister Kleinschmidt, Herrn Möhring in die nächste Sitzung einzuladen, um seine Aussage zu klären. Auch er sei der Meinung, dass man sich nicht erpressen lassen dürfe.

Hierzu führt Bürgermeister **Kleinschmidt** aus, dass Herr Möhring und auch Herr Speith bereits im Rat ihre Meinungen hierzu geäußert hätten. Wenn es planungsrechtlich möglich sei, würden diese Anlagen gebaut. Und wenn es nicht durch das Unternehmen WWE passiere, dann ständen andere Projektierer zur Verfügung, zitiert Bürgermeister Kleinschmidt aus der damaligen Sitzung. Er stellt klar, dass sich die Klage nur gegen den Standort Brakel-West richte und Ines **Koßmann** ergänzt, dass man auch nicht gegen den gesamten Regionalplan klagen könne.

Ratsherr **Flore** beantragt die **geheime Wahl**.

Diesem Vorgehen stimmen über 1/5 der Ratsmitglieder zu.

Als Stimmenzähler fungieren die Ratsherren **Averkamp** und **Bargholt**. Bürgermeister **Kleinschmidt** hält fest, dass ein „Ja“ das Zustimmung des Klageverfahrens bedeute.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt bei **24 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich**, die Verwaltung zu beauftragen, das Normenkontrollklageverfahren gegen die 1. Änderung des Regionalplans OWL (Wind/Erneuerbare Energien) bezüglich der Fläche „Brakel-West“ einzuleiten.

- 7. Bauvorhaben "Erweiterung eines Mehrfamilienwohnhauses von 9 WE auf 10 WE: Errichtung eines Staffelgeschosses mit einer WE, drei Balkone und Einbau eines Aufzuges, Kobergweg 18, Brakel-Kernstadt" und damit verbundene planungsrechtlich bedingte Befreiung über den sogenannten "Bau-Turbo" sowie Grundsatzbeschluss zum "Bau-Turbo"; Entscheidung über die Zuständigkeit als Geschäft der laufenden Verwaltung**

0179/2025-
2030

FB 3, Ines Koßmann, Bernd Bohnenberg

Bürgermeister **Kleinschmidt** geht auf die Sitzung des Bauausschusses ein, in der über das Bauvorhaben diskutiert worden sei. Der durch die Verwaltung aufgestellte Grundsatzbeschluss, dass künftige Bauvorhaben, die des „Bau-Turbos“ bedürfen, grundsätzlich als Geschäft der laufenden Verwaltung zu entscheiden seien, sei dort zurückgestellt worden.

Bürgermeister **Kleinschmidt** trägt den in der Bauausschusssitzung abgestimmten Beschluss vor, über den der Rat wie folgt abschließend abstimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **einstimmig** wie folgt: Dem betreffenden Bauvorhaben (zu den Balkonen außerhalb der *Baulinie*) wird im Genehmigungsverfahren **einstimmig** über den „Bau-Turbo“ zugestimmt.

8. Antrag der Wählergemeinschaft "Liste Zukunft" - Bushaltestellen Meinolfusstraße, Ortsteil Bellersen - verkehrssichere Neuordnung bei gesicherter Barrierefreiheit (Ausnahme-/ Kategorielösung nach Nahverkehrsplan)

Benedikt Gönnewicht

0187/2025-
2030

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist auf den Antrag der Liste Zukunft vom 16.02.2026 hinsichtlich der Bushaltestelle in der Meinolfusstraße in Bellersen. Hierzu seien vorab bereits die Anforderungen aus dem Bezirksausschuss Bellersen beim Kreis Höxter angestoßen worden. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde die Angelegenheit bereits ebenfalls umfangreich beraten.

Er verweist auf den heute eingegangenen Bürgerantrag aus Bellersen mit 200 Unterschriften. Der Inhalt des Antrags decke sich mit den Vorberatungen und werde, nebst Unterschriften, unverzüglich dem Kreis zugeleitet. Desweiteren werde zur nächsten Sitzung des Schul- und Sozialausschusses ein Vertreter des Kreises zur Berichterstattung eingeladen.

Auf die Anregung des Ratsherrn **Gäse**, aufgrund der derzeitigen Situation einen „provisorischen Haltpunkt“ im Wendehammer einzurichten, erläutert Bürgermeister **Kleinschmidt**, dass dies wegen der unterschiedlichen Zuständigkeiten nicht möglich sei. Es werde jedoch in Abstimmung mit dem Kreis, dem ÖPNV und auch der Verwaltung ein schnellstmögliches Ergebnis herbeigeführt, betont Bürgermeister **Kleinschmidt**.

Ratsherr **Heilemann** entgegnet, dass es mit Blick auf die Sicherheit der Kinder einer schnellen Umsetzung bedürfe. Der Rat sollte heute einen Beschluss fassen, den der Kreis umzusetzen habe.

Bürgermeister **Kleinschmidt** betont, dass das Verfahren laufe und der Antrag bzgl. der Bushaltestelle Meinolfusstraße dem Kreis bereits vor dem Antrag der Liste Zukunft gestellt wurde. Insofern lägen dort alle notwendigen Unterlagen zu einer schnellstmöglichen Entscheidung vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **einstimmig** wie folgt:

Der Antrag der Liste Zukunft und der Bürgerantrag vom 11.03.2026 werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag bezüglich der Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle in Bellersen wurde bereits durch den Bezirksverwaltungsstellenleiter Schmereim gestellt. Die Entscheidung sollte abgewartet werden. Im Anschluss wird ein Vertreter des Kreises Höxter in den Schul -und Sozialausschuss eingeladen.

9. Nominierung für den Westfalen Weser Kulturpreis 2026

Andreas Oesselke

0190/2025-
2030

Zum Sachverhalt verweist Bürgermeister **Kleinschmidt** auf die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing. Dieser habe aus den 2 eingereichten Anträgen entschieden, den Hembser Kulturverein für den WWKulturpreis 26 zu nominieren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt bei **4 Enthaltungen einstimmig**, den Hembser Kulturverein e.V. für den WWKulturpreis 26 zu nominieren.

**10. Prüfung eines möglichen Verstoßes gegen § 43 GO NRW oder andere kommunalrechtliche Bestimmungen
Antrag der AfD-Fraktion**

Fraktionssprecher der AfD

0191/2025-
2030

David **Flore** erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Bürgermeister **Kleinschmidt** geht auf den Antrag der AfD-Fraktion vom 18. Februar 2026 ein zwecks Prüfung eines Verstoßes gegen die Nichtöffentlichkeit in der konstituierenden Sitzung des Bezirksausschusses Schmechten.

Hierzu bittet er den Antragsteller Ratsherrn **Gäse** um sein Wort. Dieser führt aus, dass in der besagten Sitzung am 29.01.2026 der Vorsitzende es versäumt habe, die Nichtöffentlichkeit herzustellen und mindestens eine nichtbefugte Person an der nichtöffentlichen Sitzung teilgenommen habe.

Bürgermeister **Kleinschmidt** erläutert, dass es laut Niederschrift keinen nichtöffentlichen Teil gegeben habe. Die Niederschrift müsse dementsprechend beanstandet werden, was durch die AfD-Fraktion bereits beantragt wurde. Dieser Antrag liege dem BZA Schmechten vor und bis zur Klärung des Sachverhalts werde der Antrag daher zurückgestellt.

Da sich keine weiteren Fragen ergeben, lässt Bürgermeister **Kleinschmidt** über den Beschluss der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **einstimmig**, den Antrag der AfD-Fraktion zur kommunalrechtlichen Prüfung bis zur Entscheidung über die Beanstandung der Niederschrift des Bezirksausschusses Schmechten vom 29.01.2026 zurückzustellen.

11. Bekanntgaben der Verwaltung

11.1. Arbeitsmarkt 02/2026

Hierzu wird auf die **Anlage 7** verwiesen.

11.2. WhatsApp-Kanal

Bürgermeister **Kleinschmidt** geht auf den Beschluss des Rates vom 27.01.2026 ein, in dem auf Antrag der CDU-Fraktion die Einrichtung eines WhatsApp-Kanals beschlossen wurde.

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Vorgaben und Hürden für Behörden und andere staatliche Einrichtungen durch den Meta-Konzern die Einrichtung derzeit aber erheblich erschweren würden. Vom Meta Konzern vorgegebene, kostenpflichtige Serviceprovider kämen aus Sicht der Verwaltung nicht in Frage. Insofern könne eine Umsetzung des Ratsbeschlusses bis zum 1. April 2026 wahrscheinlich nicht eingehalten werden, schätzt Bürgermeister **Kleinschmidt** die Lage ein. Das Team der IT und der Pressestelle arbeiten weiterhin an der Umsetzung. Sobald neue Erkenntnisse vorlägen, werde darüber berichtet.

11.3. Bilanz der Kreispolizeibehörde Höxter

Bürgermeister **Kleinschmidt** bittet Benedikt **Gönnewicht** um seine Ausführungen.

Dieser berichtet, dass die Kriminalstatistik 2025 aktuell veröffentlicht sei. Der Kreis Höxter gehöre demnach zu den sichersten Regionen in NRW. Benedikt **Gönnewicht** führt weiter aus, dass es laut der Kriminalstatistik 2025 insgesamt 6067 registrierte Straftaten gab. Im Vergleich zum Vorjahr bedeute dies eine Abnahme um 763 Fälle, ein Rückgang von 11%. Die Aufklärungsquote liege bei 62,75%, die zweithöchste Quote in NRW.

Der entsprechende Presseartikel ist als **Anlage 8** der Niederschrift beigelegt.

12. Anfragen der Ratsmitglieder

12.1. Lückenschluss Radweg Escherfeld

Ratsherr **Heilemann** erkundigt sich zum Sachstand des geplanten Lückenschlusses am Radweg Escherfeld. Hierzu teilt Ines **Koßmann** mit, den aktuellen Stand zum Protokoll beizufügen.

Nachtrag zum Protokoll: Es wird ein Bewilligungsbescheid für Gehrden „Escherfeld“ erwartet. Der Zuschuss beträgt 60%. Sobald dieser vorliegt und der Haushalt genehmigt wurde, wird die Maßnahme umgesetzt.

12.2. Bezirksverwaltungsstellenleiter

Ratsherrn **Gerd** erkundigt sich hinsichtlich der Verpflichtung der neuen Bezirksverwaltungsstellenleiter. Hierzu teilt Andreas **Oesselke** mit, dass Mitte Februar 2026 sich die letzten Bezirksausschüsse konstituiert haben. In Verbindung mit einem Arbeitstreffen plane er die Einführung und Verpflichtung der neuen Bezirksverwaltungsstellenleiter vorzunehmen.

12.3. Sewikom

Ratsherr **Knobloch** verweist auf die Probleme mit dem Glasfaser-Ausbau durch die Firma Sewikom, wie z. B. in Istrup. In Brakel gebe es auch vereinzelt Grundstücke, die nicht angeschlossen werden und fragt, wie man diesbezüglich unterstützen könne.

Bürgermeister **Kleinschmidt** teilt mit, dass der im Rathaus zuständige Kollege Alexander Frewer zu baulichen Themen im ständigen Kontakt mit der Firma Sewikom sei. Im nächsten Betriebsausschuss könne ein aktueller Sachstand dazu gegeben werden.

12.4. GNR Gesellschaft

Ratsherr **Gäse** verweist auf die vor einigen Wochen ausgefallene Heizung in der Grundschule Brakel. Hierzu sei festgehalten worden, einen Vertreter des Versorgers GNR Gesellschaft einzuladen. Bürgermeister **Kleinschmidt** teilt mit, dass dies bereits dort abgestimmt und ein Besuch in der nächsten Sitzungsrunde geplant sei.

13. Anfragen der Zuhörer

Der Zuhörer Meinolf **Schulte** bezieht sich auf die Haushaltsreden und den dort aufgeführten Schuldenstand. Er äußert seine Hoffnung dahingehend, dass von den heimischen Bundestagsabgeordneten Haase oder dem Landtagsabgeordneten Goeken diesbezüglich bessere Nachrichten kämen. Hierzu verweist Bürgermeister **Kleinschmidt** auf einen anstehenden Termin der Bürgermeister des Kreises zusammen mit dem Landrat in Düsseldorf sowie einem morgen anstehenden Besuch des Finanzministers NRW in Warburg. Dort werden die Themen entsprechend platziert. Auch Ratsherr **Averkamp** erklärt, dass die CDU-Fraktion im ständigen Austausch mit dem Bund- und Landtagsabgeordneten sei und auch konkrete Vorschläge gemacht hätte. Leider sei bisher keiner davon zum Tragen gekommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Kleinschmidt die Sitzung.

gez. Unterschriften:

Alexander Kleinschmidt
(Bürgermeister)

Regina Werneke
(Schriftführerin)